



Alternativantrag

der Fraktion der SPD und der Abgeordneten des SSW

zu „Familien bei schulischen Lernmitteln unterstützen“ (Drs. 19/2222)

Bildungschancen sichern - soziale Benachteiligungen überwinden

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag begrüßt es, dass es auf Bundesebene gelungen ist, den DigitalPakt Schule abzuschließen und ihn durch Zusatzvereinbarungen zu ergänzen, die uns diesem Ziel näherbringen. Ungeachtet der grundgesetzlich verankerten Verantwortung der Länder für die Schulen brauchen wir ein vom Bund, vom Land, von den Schulträgern und von den Schulen getragenes Bündnis für Lernmittelfreiheit. Der Grundsatz „Bring your own device“ wäre ein Schritt in die falsche Richtung. Die Bund-Länder-Vereinbarungen müssen jetzt schnell umgesetzt werden.

Der Landtag fordert die Landesregierung zu Bundesratsinitiativen auf

- für eine eigenständige Kindergrundsicherung,
- hilfsweise für eine auskömmliche Ausgestaltung und Dynamisierung des Bildungs- und Teilhabepakets und
- für eine ausfinanzierte Ganztagsoffensive, die auch das Mittagessen beinhaltet.

Er fordert die Landesregierung auf, im Dialog mit den Kommunen gemeinsame Anstrengungen zur Entlastung der Eltern zu verabreden. Der Einstieg soll über die kostenfreie Grundschule erfolgen.

Er fordert die Schulen und die Schulträger auf, sich um ein neues Kostenbewusstsein an den Schulen, verantwortungsvoll bewirtschaftete Budgets und klare Richtwerte bei den Kosten von Ausflügen und Klassenfahrten zu bemühen. Dazu gehört auch Zurückhaltung bei der verbindlichen Anschaffung von Büchern und anderen Lehr- und Lernmaterialien.

Er strebt schulinterne Strukturen an, die es mittelfristig ermöglichen, auf kostenintensiven Nachhilfeunterricht zu verzichten.

Spätestens im Laufe der 20. Legislaturperiode (2022-2027) soll der Besuch der Grundschule für die Eltern keine schulbezogenen Kosten mehr verursachen.

Er fordert, die Datenerhebung und Berichterstattung zur Lernmittelfreiheit anschließend an die Drucksache Drs.18/4685 fortzuführen und dabei die beruflichen Schulen mit zu berücksichtigen.

Er spricht sich dafür aus, auch die Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe II in die Bezuschussung der Schülerbeförderung einzubeziehen.

Begründung:

Der „PISA-Schock“ hat vor 20 Jahren mit der Illusion aufgeräumt, dass die Bildungschancen junger Menschen in Deutschland gerecht verteilt seien. Die Studie „PISA 2000“ hat vielmehr deutlich gemacht, dass die soziale Herkunft der Schülerinnen und Schüler weit stärker als in den meisten anderen vergleichbaren Ländern darüber mitentscheidet, welchen Bildungsweg junge Menschen einschlagen und erfolgreich absolvieren.

In den vergangenen zwei Jahrzehnten hat Schleswig-Holstein viel dazu beigetragen, diese sozialen Verwerfungen abzubauen. Dazu gehört in erster Linie der Umbau des Schulsystems im Sinne der Durchlässigkeit und des längeren gemeinsamen Lernens. Eine Schlüsselrolle kommt dabei der Aufbau der Ganztagsangebote zu.

Dennoch sind die unterschiedlichen Lern- und Arbeitsbedingungen, die die Schülerinnen und Schüler im Elternhaus vorfinden, auch weiterhin ein Hindernis auf dem Weg zur Bildungs-Chancengleichheit.

In der 18. Legislaturperiode hat das Leibniz-Institut für die Pädagogik der Naturwissenschaften und Mathematik (IPN) auf Beschluss des Landtages und dem Antrag der Landesregierung eine repräsentative Untersuchung durchgeführt, wonach zum damaligen Zeitpunkt die jährliche Kostenbelastung für Eltern für jedes schulpflichtige Kind bei durchschnittlich rund 1.000 Euro lag – ohne die Kosten für das Digitale Lernen. Auf der Grundlage dieser Untersuchung hat der Bildungsausschuss in den vergangenen Jahren eine Serie von Runden Tischen durchgeführt, aus deren Beratungen konkrete Folgen abgeleitet werden müssen.

Die Priorität, die die Ausstattung der Schülerinnen und Schüler mit leistungsfähigen digitalen Endgeräten und einem zu Hause vorhandenen leistungsfähigen Netzwerk genießen muss, ist durch die Corona-Krise sehr viel schneller deutlich geworden, als dies noch vor kurzem absehbar war, weil die Schulen gezwungen waren, ohne weitere Vorbereitungszeit den Präsenzunterricht durch selbstverantwortetes und angeleitetes Lernen von zu Hause aus zu ersetzen.

Kai Vogel
und Fraktion

Jette Waldinger-Thiering
und die Abgeordneten des SSW